

(Nr. 633.) Desgleichen, betreffend Schlußberatung über die Beschwerde und Petition des Friedrich Prosch in Dresden, einen Schadenersatzanspruch wegen der Verjagung der Schankerlaubnis für seinen Gasthof in Großgrabe betr.

Präsident: An die vierte Deputation.

(Nr. 634.) Direktorialbeschuß der Zweiten Kammer vom 18. März 1904 bei Überweisung der Petition des Gewerbevereins zu Kamenz um Errichtung eines Seminars in Kamenz.

Präsident: An die zweite Deputation.

(Nr. 635.) Petition des Sächsischen Verbandes der Vereine der Kinderfreunde Kinderschutz um den Erlaß eines Gesetzes über Fürsorgeerziehung Minderjähriger. 75 Druckexemplare.

Präsident: An die vierte Deputation. Druckexemplare zu verteilen.

(Nr. 636.) Druckexemplare einer Petition der Gemeinden Wildberg, Gauernitz u., die Ilke Elbuferstraße Dresden-Meißen betr.

Präsident: Zu verteilen.

(Nr. 637.) Desgleichen einer Petition der Stadtgemeinde Geyer und Genossen um Wiedererrichtung eines Amtsgerichts in Geyer.

Präsident: Desgleichen.

(Nr. 638.) Petition der städtischen Kollegien zu Kamenz um Errichtung eines Lehrerseminars in Kamenz.

Präsident: An die zweite Deputation.

(Nr. 639.) Beschwerde und Petition des Karl Heinrich Mißschke in Großgrabe, eine Prozeßsache betr.

Präsident: An die vierte Deputation.

(Nr. 640.) Petition des Gemeinderats zu Wilkau um Errichtung eines Amtsgerichts in Wilkau. 55 Druckexemplare.

Präsident: Vorläufig an die zweite Deputation. Druckexemplare sind zu verteilen.

(Nr. 641.) Bericht der vierten Deputation über die Petitionen des Branddirektors Hofmann in Meißen und Genossen, sowie des Rates der Stadt Chemnitz, die Berechnung der den Feuerlöschklassen zu gewährenden Beihilfen nach einem anderen Modus betr.

Präsident: Kommt auf eine Tagesordnung.

(Nr. 642.) Protokollekt der Ersten Kammer, betreffend Schlußberatung über die Übersicht C des Rechenschaftsberichts für 1900/01 und zwar zu „I. Aus dem außerordentlichen Staatshaushalts-Etat für 1900/01“.

Präsident: An die dritte Deputation.

(Nr. 643.) Desgleichen, betreffend Schlußberatung über Tit. 29 des außerordentlichen Staatshaushalts-

Etats für 1904/05, die Erweiterung des Bahnhofs Buchholz betr., sowie über hierzu eingegangene Petitionen.

Präsident: An die zweite Deputation.

(Nr. 644.) Desgleichen, betreffend Schlußberatung über das Königl. Dekret Nr. 12, einen Gesetzentwurf über die Landestrauer betr.

Präsident: An die erste Deputation zur Ausfertigung der Ständischen Schrift.

(Nr. 645.) Desgleichen, betreffend Allgemeine Vorberatung und zugleich Schlußberatung über den Antrag der Finanz-Deputation A, die fernere Übertragbarkeit von Tit. 13 des Kap. 60 des Etats für 1900/01, Berechnungsgeld aus Anlaß von Maßnahmen zur Vorberatung eines neuen Gesetzentwurfs wegen Bekämpfung der Tuberkulose unter dem Rindvieh betr.

Präsident: An die zweite Deputation.

Es war dies der letzte Gegenstand der Registrande.

Wir gehen über zum zweiten Gegenstande: „Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Tit. 22 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1904/05, Herstellung des zweiten Gleises von Wilkau bis Wiesenburg an der Linie Schwarzenberg-Zwickau (dritte und letzte Rate) betreffend.“ (Drucksache Nr. 100.)

(Vgl. M. II. R. 2. Bd. S. 910.)

Ich ersuche den Herrn Kammerherrn Sahrer von Sahr, seinen Vortrag zu erstatten.

Berichterstatter Sekretär Kammerherr Dr. Sahrer von Sahr: Tit. 22 des außerordentlichen Etats betrifft die Herstellung des zweiten Gleises von Wilkau bis Wiesenburg an der Linie Schwarzenberg-Zwickau. Für diese Herstellung sind im vorvorigen außerordentlichen Etat 150,000 M. und im vorigen 500,000 M. bewilligt worden. Die Anschlagssumme hat öfter gewechselt, weil man sich über die Trasse noch nicht klar war. Auf dem vorigen Landtage bezifferte sich der letzte Anschlag auf 1,301,000 M. Bei Durcharbeitung der Einzelpläne hat sich dieser Anschlag auf 1,150,000 M., also um 151,000 M. abgemindert, so daß außer den bereits bewilligten 650,000 M. noch 500,000 M. nötig sind und diesmal als dritte und letzte Rate postuliert werden.

Der Deputation erschien es zunächst zweifelhaft, ob die dritte Rate von 500,000 M. schon für die gegenwärtige Finanzperiode unbedingt nötig sei. Sie erbat sich Auskunft hierüber von der Königl. Staatsregierung. Letztere teilte mit, die Bauanschläge für die hier fraglichen Arbeiten seien bis ins einzelne fertig gestellt und genehmigt; das Planfeststellungsverfahren und die Enteignung des erforderlichen Areals sei durchgeführt,